

An den Gesamtbundesrat

- Frau Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga
- Frau Bundesrätin Viola Amherd
- Herr Bundesrat Alain Berset
- Herr Bundesrat Ignazio Cassis
- Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
- Herr Bundesrat Ueli Maurer
- Herr Bundesrat Guy Parmelin

Lotzwil, 17. April 2020

«Corona-Pandemie»: der Verband Schweizer Möbelhandel und -industrie fordert die Öffnung des Möbeldetailhandels

Sehr geehrte Damen und Herren Bundesrätinnen und Bundesräte

Möbelschweiz ist der Dachverband des Schweizerischen Möbeldetailhandels und der Schweizerischen Möbelindustrie und wir haben die am 16. April vom Bundesrat vorgestellten «Exit»-Pläne zur Kenntnis genommen. Auch wenn unser Verband die an die epidemiologische Lage angepasste Öffnung begrüsst, sind für uns die Entscheide betreffend dem Möbel-Detailhandel inakzeptabel.

Genauso wie der Bundesrat, setzt auch unser Verband auf eine etappierte Rückkehr zur Normalität. Diese Etappierung muss in Funktion der gesundheitspolitischen Indikatoren erfolgen. Diese Indikatoren entwickeln sich sehr zufriedenstellend. Der 3-Tages-Durchschnitt der Ansteckungsrate betrug per 16. April 1.5 Prozent pro Tag, die Anzahl Tage bis zur Fallverdopplung 49.3. Diese Indikatoren erlauben eine weitgehende Öffnung der Wirtschaft und Gesellschaft. Dieses Urteil scheint auch der Bundesrat zu teilen, ansonsten würde er den «Betrieben mit personenbezogenen Dienstleistungen mit Körperkontakt» keine Öffnungserlaubnis geben.

Der Entscheid des Bundesrates ist ein Schlag ins Gesicht der schweizerischen Möbelbranche. Vor allem die eklatante Ungleichbehandlung innerhalb des Detailhandels selbst – der Möbel-Detailhandel bleibt geschlossen aber die Grossverteiler und neu auch die Garten- sowie Baucenter dürfen das gesamte Sortiment, notabene auch Gartenmöbel verkaufen – stösst bei uns und bei den Mitgliedern von möbelschweiz auf Unverständnis. Die Enttäuschung und Fassungslosigkeit der Möbelbranche ist riesig.

Denn: Gerade diese Branche hat mit selbst erarbeiteten Plänen gezeigt, wie sie die Öffnung gesundheitspolitisch korrekt umsetzen kann. Sie legt dabei grossen Wert auf die Gesundheit der Mitarbeitenden sowie der Kundinnen und Kunden. Dass einige Handelsbetriebe, namentlich die Grossverteiler Migros und Coop, während des vergangenen Monats geöffnet blieben, zeigte bereits, dass es möglich ist, entsprechende Konzepte im Detailhandel umzusetzen.

Die Öffnung der Grossverteiler belegt aber auch etwas anderes: Der Möbel-Detailhandel ist schon während der Lockdown-Phase bis zum 26. April massiv diskriminiert worden. Der Bundesrat hat den Grossverteilern zwar verboten, nicht-lebensnotwendige Güter zu verkaufen. Umgesetzt hat der Bundesrat seine eigene Weisung nie. Selbst die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren musste die Regierung auffordern, die Grossverteiler besser zu kontrollieren. Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch taxierte die Ungleichbehandlung sogar als eine Lappalie.

Mit seinem gestrigen Entscheid, die Sortimentsbeschränkungen aufzuheben, hat der Bundesrat die Diskriminierung der KMU-Händlerinnen und Händler sowie ihrer Mitarbeitenden und ihrer Kundschaft offiziell gemacht. Diese staatlich verordnete Bevorteilung der Grossverteiler und gewisser weiterer Detailhandelsbranchen und die krasse Benachteiligung des Möbel-Detailhandels ist alles andere als gesundheitspolitisch geboten. Sie ist vielmehr absolut willkürlich. Möbelschweiz verurteilt diese Diskriminierung auf das Schärfste und fordert den Bundesrat auf, auf seinen Entscheid unverzüglich zurückzukommen. Ab dem 26. April soll auch dem Möbel-Detailhandel erlaubt werden, zu öffnen – selbstverständlich unter Einhaltung der gesundheitspolitischen Vorgaben und der eigenen Branchenpläne.

Um diesen Punkt nochmals zu betonen: Der Entscheid des Bundesrates entbehrt jeglicher Logik. In der Pressekonferenz am Freitag wurde gesagt, das Schutzkonzept der Branche ermögliche, den Coiffeuren zu öffnen. Als der Bundesrat gefragt wurde, warum andere Branchen, die ein Konzept erarbeitet haben, nicht öffnen können, lautete die Antwort, die Konzepte seien nicht relevant. Das kann niemand verstehen. Auch widersprüchlich ist, dass der Bundesrat den sogenannten Einkaufstourismus verbietet und die Vorschriften dazu verschärft, aber nicht bereit ist, im Inland eine Alternative zuzulassen.

Es ist im Weiteren peinlich, dass die Eröffnung der Medienkonferenz mit der Ankündigung betreffend die Senkung der Serafe-Gebühren erfolgt. Das hat nicht im Geringsten mit der Corona-Krise zu tun. Sondern es handelt sich um den Vollzug eines Entscheides des Bundesverwaltungsgerichts, das weit vor den Corona-Massnahmen gesprochen worden ist und im Übrigen aufgrund eines Rekurses eines betroffenen KMU gegen den Willen des Bundesrates zustande kam. Eine Medienkonferenz zur Corona-Krise mit dieser Ankündigung einzuleiten ist völlig verfehlt und zynisch.

Wenn der Bundesrat weiterhin glaubwürdig bleiben will, sollte er darauf achten, logische Entscheide zu fällen und so zu kommunizieren, dass die Bevölkerung diese Logik auch versteht.

Seit Ihrem Entscheid laufen bei uns die Drähte heiss und unsere Mitglieder sind ob Ihres Entscheides fassungslos und aufgebracht. Gerade am Tag der Solidarität, an dem auch die Glückskette sammelt, hätten die KMU Unternehmerinnen und Unternehmer echte Solidarität erwartet, die sie in ihrer enorm schwierigen Lage auch entsprechend wirkungsvoll unterstützt. Gerne erwarten wir Ihre Stellungnahme und sind zu weitergehenden Gesprächen gerne bereit.

Freundliche Grüsse

Verband Schweizer Möbelhandel und -industrie möbelschweiz



Hannes Vifian
Präsident



Kurt Frischknecht
Geschäftsführer